

Zensur oder überfälliges Gesetz?

Kinderpornografie soll zukünftig im Internet nicht mehr zu finden sein - zumindest nicht bei deutschen Anbietern. Der Bundestag beschloss am Donnerstag (18.06.09) ein "Zugangerschwerungsgesetz". Im Vorfeld war eine heftige Debatte um das Thema entbrannt.

PRO: "Es geht um Straftaten, nicht um Meinungsfreiheit"



Julia von Weiler ist Geschäftsführerin der in Köln ansässigen deutschen Sektion von "Innocence in danger", einer internationalen Organisation, die sich dem Kampf gegen Missbrauch und sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet verschrieben hat. Deutsche Präsidentin der Organisation ist Stephanie zu Guttenberg, Ehefrau des Wirtschaftsministers Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU). Als

Diplompsychologin arbeitete von Weiler jahrelang mit sexuell missbrauchten Kindern und Jugendlichen.

Wäre dieses Gesetz nicht zustande gekommen, wäre das ein schlimmes gesellschaftliches Signal. Denn es geht hier nicht um Meinungsfreiheit, sondern um eine dreifache Straftat: Nicht nur der sexuelle Missbrauch von Kindern, auch seine Dokumentation ist strafbar, und die Verbreitung solcher Bilder ist die dritte Straftat. Die Kritiker haben natürlich recht wenn sie sagen, dass das Sperren solcher Seiten ein schwerwiegender Eingriff ist, außerdem sollte das Bundesfamilienministerium nicht glauben, dass das eigentliche Problem damit gelöst ist.

Dennoch ist den betroffenen Kindern und Jugendlichen durch das Gesetz geholfen, denn es ist ein Signal der Gesellschaft, die sich damit klar gegen die Verbreitung solcher Bilder stellt. Mit der Verbreitung werden sexuell missbrauchte Kinder doppelt ausgebeutet: Durch den Missbrauch erleben sie Verrat, Angst, Wut, Trauer, Schmerz - körperlichen und seelischen - und ein völliges Ausgeliefertsein. Wenn sie dann anfangen, zu verstehen, dass es davon Bilder gibt, die für immer im Internet kursieren, erleben sie noch einmal einen totalen Kontrollverlust. Sie müssen mit dem Wissen leben, dass sie eventuell schon erwachsen sind, wenn sich irgendwo auf der Welt jemand ansieht, wie sie vergewaltigt wurden, als sie sechs Jahre alt waren. Das ist furchtbar, und darüber reden wir hier. Diese weitere Ausbeutung ist durch das Gesetz erschwert worden.

Kritiker sagen, das Gesetz erfasse viele Kommunikationswege im Internet gar nicht. Das stimmt - gar nichts zu tun wäre aber ein fataler Umkehrschluss. Dass man einen neuen Gesetzentwurf erstmal kritisch hinterfragt, finde ich richtig. Dass hier aber die Diskussion so schnell weg vom eigentlichen Fokus der Gewalttat hin zur Frage der Zensur ging, hat wohl mit dem Thema zu tun: Mit dem sexuellen Missbrauch von Kindern beschäftigen sich viele nur ungern. Selbst in der Diskussion mit Fachleuten landet man oft ganz schnell bei den Tätern oder Strafverfolgern, während die Opfer bald aus dem Blickfeld geraten. Möglicherweise ist das Thema so erschütternd, dass viele lieber nicht so genau darüber nachdenken wollen.

CONTRA: "Politiker machen es sich leicht"



Constanze Kurz ist Informatikerin an der Humboldt-Universität in Berlin und Sprecherin des Chaos Computer Clubs (CCC). Ursprünglich als Hacker-Verein gegründet, wurde der CCC in den vergangenen Jahren von der Bundesregierung immer wieder als Berater zum Datenschutzgesetz konsultiert.

Diese Art, gegen den Kindesmissbrauch im Netz vorzugehen, ist nicht nur vollkommen falsch, sondern auch kontraproduktiv. Auch wenn die schlimmsten Auswüchse dieses Gesetzes noch geändert wurden - etwa dass die Adresse der Zugreifer auf die gesperrten Seiten nun doch nicht gespeichert werden. Das Bundesfamilienministerium hat offenbar nicht verstanden, wie das Netz funktioniert, wie die Verbreitungswege solcher Filme und Bilder eigentlich aussehen. Pädophile bewegen sich sehr geschickt im Netz und wissen, dass ihr Tun strafbar ist. Diese Leute brauchen nur Sekunden, um eine Zugangssperre zu durchbrechen, um dann doch an die Filme zu kommen. Denn die werden ja nicht gelöscht, sondern nur versteckt. Tatsächlich aber müssen diese Bilder und Filme raus aus dem Netz. Das heißt, die entsprechenden Server müssen gesperrt werden und deren Betreiber verfolgt und strafrechtlich belangt werden.

Die Politik aber tut so, als gäbe es keine Alternativen zu dem geplanten Gesetz. Der Chaos Computer Club hat im Arbeitskreis Zensur mal selbst den Test gemacht: Wir haben auf den Listen der ausländischen Anbieter nachgesehen, wer diese Server eigentlich betreibt, auf denen Bilder von Kindesmissbrauch liegen. Dann haben wir diese Betreiber angeschrieben. Innerhalb weniger Stunden waren die Bilder aus dem Netz verschwunden, gelöscht. Wenn man das BKA auffordert, eine entsprechende "Task Force" einzurichten, hört man viele Ausreden, das sei "alles nicht so einfach". Es ist enttäuschend, dass das Bundesfamilienministerium beim BKA nicht eine entsprechende personelle Aufrüstung einklagt.

Ein "Zugangerschwerungsgesetz" zu schustern ist natürlich einfacher, als Geld in die Strafverfolgungsbehörden zu investieren. Außerdem wird so eine Zensur-Infrastruktur geschaffen, die von der Politik schnell auch auf andere Bereiche angewendet werden kann: Bei Glücksspielen, Computerspielen, bei rechtsradikalen Inhalten oder auch bei urheberrechtlich relevanten Inhalten. Mit normalen rechtsstaatlichen Mitteln ist das nicht überprüfbar, denn die Sperrlisten sind ja geheim. Gleichzeitig wird angesichts der politischen Situation im Iran oder in China über Internetblockaden und Zensur geredet. Was bei uns kommt, ist nichts anderes als das.

Aufgezeichnet von Nina Magoley